

St. Peters Bote

Herausgegeben von den Benediktinern der St. Peters-Abtei zu Münster, Saskatchewan, Canada.

Preis für Canada \$2.00 das Jahr; für die Ver. Staaten und das Ausland \$2.50. Das Abonnement ist voranzubehalten.

Wegen Anzeigenraten wende man sich an die Redaktion.

Anzeigen, Korrespondenzen usw., sollen spätestens am Montag eintriften. Adresse: St. Peter's Bote, Münster, Sask., Canada.

Wochenrundschau

Kanada

Ein Protest gegen die Einwanderungsbehörde in den Ver. Staaten

Kanada hat sich veranlaßt, in Washington diplomatische Schritte dagegen zu unternehmen, daß seitens der Ver. Staaten Familienvisas, welche in U. S. A. eine Familie gegründet haben, als Kanada über die Grenze geschoben werden. Bisher nahm Kanada diese Familien aus Menschlichkeit auf, wenn sie auch keine kanadische Staatsbürgerin waren. Da es sich aber um etwa 500 000 Personen handelt, welche ohne Bewilligung nach den Ver. Staaten gekommen sind, verweigert sich Kanada gegen den weiteren Abbruch.

Die Getreideverhandlungen in Chicago. Es scheinen sich alle maßgebenden Faktoren Kanadas für die Hudson Bay Route außerordentlich zu interessieren. Während die Zufuhr des Getreides hauptsächlich aus den Prairieprovinzen ständig im Gange ist, treffen viele offizielle und inoffizielle Gäste in Chicago ein, um die Senatsrat der Abfertigung der ersten Schiffe nach Europa mitanzusehen. Die Zeitungen widmen diesem Umstande spaltenlange Berichte.

Das Anwachsen der Städte

Das statistische Bureau verlautbart, daß die Stadt Quebec von 95 193 Einwohnern im Jahre 1921 auf 129 103; Windsor, Ont., von 38 591 auf 62 957 und Regina, Sask., von 34 432 auf 53 034 im Laufe von zehn Jahren angewachsen ist.

Die Einschränkungen bei der C.P.M. Die Canadian Pacific Railway Co. hat sich entschlossen, ihre Verkaufsstellen in Montreal, Calgary, Winnipeg und Vancouver bis auf weiteres zu schließen. Es werden dadurch ungefähr 7000 Leute arbeitslos.

Deutsches Reich

Schloß der Reichstag nach seinen langen Ferien erst am 13. Oktober wieder zusammen treten wird, beginnen damit die verschiedenen Parteien bereits mit ihren Vorbereitungen für diese Parlamentssession. Zahlreiche Reichstagsabgeordnete halten sich zur Zeit in Berlin auf und im Reichstagsgebäude haben mehrere Fraktionskammern stattgefunden.

Im Vordergrund des politischen Interesses stehen die Sozialdemokraten, die darüber beraten, ob es politisch und besonders parteiell geraten sei, der derzeitigen Reichsregierung, in der sie bekanntlich nicht vertreten sind, auch fernerhin ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. In einer Sitzung des Parteivorstandes ist bereits eine längere Entscheidung angenommen worden, in welcher die Bedingungen in großen Zügen niedergelegt sind. Die Reichsregierung ist demnach zu unterstützen, sollte es auch fernerhin auf die Unterbrechung der Sozialisten rechnen.

Eine außerordentlich wichtige Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei findet zur Zeit unter dem Vorsitz des Parteiführers Dingeldey in Potsdam statt. Es wird darüber beraten, ob es nicht im Interesse der Partei wäre, den Reichsaussenminister Dr. Julius Curtius aus dem Reichskabinet zurückzuziehen. Eine starke Bewegung hat seit der Bekanntgabe des beratenden Gutachtens des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag in Sachen der deutsch-österreichischen Zollunion gegen Curtius eingelegt. Der Spruch des Weltgerichts wird beinahe allgemein als eine persönliche Niederlage des Außenministers angesehen. Diese Bewegung dürfte sich nach seiner Rückkehr aus Genf derart verheißt, daß seines ferneren Verbleibs im Kabinet nur eine Frage kurzer Zeit sein dürfte.

Erklärung der Kriegsschulden? Wie in Genf in Erfahrung gebracht werden konnte, drückte Nor-

man Davis dem deutschen Außenminister Dr. Julius Curtius gegenüber die Überzeugung aus, daß die Ver. Staaten bereit seien, die Kriegsschulden und Reparationen zu erleichtern, und schließlich zu nullifizieren, und zwar als Teil eines Programms zur Verhinderung von Kriegen.

Davis, das erste amerikanische Mitglied des Finanzkomitees des Völkerbundes, der als Finanzfachverständiger international bekannt ist, hielt mit Curtius am 11. September abends eine Konferenz ab. Angeblich behauptet er, daß seine Ansicht über internationale Schulden ein wichtiger Bestandteil eines Planes zur Verhinderung von Kriegen und zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens seien.

Neue Notverordnungen in Sicht. Die Reichsregierung trägt sich mit dem Erlass neuer Notverordnungen zur Durchführung ihres Winterparlaments. Angesichts des immer näher rückenden Wiederauftritts des Reichstags kann indes jetzt schon erklärt werden, daß sie dabei mit ersten parlamentarischen Schwierigkeiten zu rechnen haben wird. Das Kabinet dürfte seine liebe Not haben, da sich selbst im Regierungslager ein scharfer Widerstand gegen eine weitere Verlängerung der Beamten, sei es durch Gehaltsföhrung oder Erhöhung der Steuern, geltend macht.

Die Stellung des Außenministers erschüttert

Eine weitere ernste Saule für die Brüning-Regierung ist die stark eingeleitete erneute Bewegung gegen den Reichsaussenminister Dr. Julius Curtius. Allgemein wird schon damit gerechnet, daß ein Misstrauensantrag gegen den Minister sofort nach dem Zusammenritt des Reichstags zu erwarten steht und, wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist nicht daran zu zweifeln, daß dieser mit großer Mehrheit angenommen werden dürfte. Curtius ist nun einmal zum Sündenbock für die Niederlage in der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion vor dem Weltgericht ausersehen. Angesichts dieser Stimmung im Volke trägt sich seine Partei, die Deutsche Volkspartei, damit, Curtius nach seiner Rückkehr von der Genfer Völkerbundtagung zu bestimmen, freiwillig aus seinem Amte auszuscheiden und sich so eine Niederlage im Reichstag zu ersparen.

Gegen die Nationalsozialisten

Verächtliches Aussehen, meldet die „All. Pres.“ unterm 9. d., hat ein Entschluß des Bischofs von Mainz erregt, der sich geweigert hat, einem kürzlich verstorbenen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ein kirchliches Begräbnis zu gewähren. Seine Gründe werden in einer Erklärung des Generalvikars der Diözese dargelegt, in der es heißt: „Die deutschen katholischen Bischöfe haben den Nationalsozialismus einstimmig als Verleumdung verurteilt, weil er Grundzüge enthält, die gegen die Lehren der katholischen Kirche verstoßen. Kein Katholik darf Mitglied der Partei werden und die Kirche wird Überläufer des kirchlichen Begräbnis verweigern.“

Kaiserlicher Amerikafuß des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ unternahm am 18. September seinen zweiten Amerikafuß innerhalb von drei Wochen nach Pernambuco. Das Luftschiff führt 10 Passagiere, 265 Pfd. Post und 2000 Pfd. Lebensmittel mit sich und steht unter dem Kommando des Kapitäns Ernst Lehmann, da sich Dr. Hugo Eckener bei einer Konferenz in Zimmern aufhält.

England

Die Abrüstungsfrage

In Vorbereitung für die im kommenden Winter in Genf stattfindende Abrüstungskonferenz, haben englische Staatsmänner ihren Vor-

schlag zur Abschaffung des Kriegsschiffes an dessen Stelle der Kreuzer treten soll, erneuert. Premier MacDonald machte schon bei der Flottenkonferenz von London im Jahre 1930 einen solchen Vorschlag, der aber wegen amerikanischer Opposition verworfen werden mußte. Wie jetzt verlautet, hat England in offiziell den Vorschlag erneut in Erinnerung gebracht und wird es allgemein als günstiger Ausblick für die Abrüstungskonferenz betrachtet. Britische Staatsmänner vertreten die Ansicht, daß das Schlachtschiff keine Verwendbarkeit verloren hätte, daß es aber die größten Kosten für jedes Marineneubau bedeute. Hier könnten allen Staaten Unkosten erspart werden.

Obwohl die Ver. Staaten bei der Londoner Konferenz einen solchen Vorschlag nicht zustimmten, scheint man jetzt in Washington der Frage wesentlich günstiger gesinnt.

Gandhi in London

Mahatma Gandhi, der Ende der vorletzten Woche in London ankam, um Verhandlungen über den Stand der Beziehungen zwischen England und Indien durchzuführen, trat am 13. September zum ersten Mal als internationaler Radioredner auf. Seine Vorträge wurde auch in den Ver. Staaten verbreitet.

Er bleibt bei seinen Gebräuchen

So weit seine Kleidung in Betracht kommt, blieb der indische Vorkämpfer seinen Gebräuchen treu. Um seine Lenden hatte er einen Baumwollschurz gewickelt, und um seinen Hals trug er mehrere Schawls. Von Zeit zu Zeit zitterte er ganz beträchtlich vor Kälte. Er behauptete jedoch, daß er das Klima nicht fürchte. Insofern gab er jedoch den englischen Sitten nach, als er sich auf einen Stuhl setzte, anstatt nach indischen Gebräuchen mit untergelegten Beinen auf den Boden zu hocken. Abends veranstaltete er eine halbmonatige Gebetsperiode.

Im Laufe des Tages sagte er, daß er keine Absicht, nicht nach den Ver. Staaten zu gehen, vielmehr noch einer Revision unterzogen werde. „Wenn es mir meine innere Stimme anberuht, werde ich gehen“, sprach er.

Die Rundfunkkonferenz

Am 14. September erschien Mahatma Gandhi zur Rundfunkkonferenz im St. James Palace zu London. Er wohnte der Sitzung stillschweigend bei, da er Montag nichts spricht. Allgemein wird bemerkt, daß der indische Führer eine Thermosflasche mit Weizenmilch bei sich führt.

Am 15. September sprach Gandhi sein Schweigen und ergriß in der Konferenz das Wort, um namens des indischen Nationalkongresses für sein Land die Unabhängigkeit zu verlangen. Er verlas die diesbezügliche Resolution, welche der Nationalkongress zu Karachi beschloffen hatte.

Gandhi erklärte, daß die Vollmacht, die ihm vom Allindischen Kongress gegeben wurde, für „eine ehrenvolle Teilhaberschaft“ zwischen England und Indien eintrete, die von jeder der beiden Parteien gelöst werden könne. Er beschrieb Indien als einen „wertvollen Teilhaber“, der nicht durch das Schwert, sondern durch ein Band der Liebe an England gebunden sei.

Gandhi gab ohne weiteres zu, daß England in der Lage sei, mit dem Schwert Indien auch weiterhin unterwürfig zu machen, behauptete jedoch, daß die Folge ein verflantes und rebellisches Indien sein werde. Eine britisch-indische Teilhaberschaft dagegen „zwischen zwei gleichberechtigten Parteien kann jedoch bei der Lösung ihres Budgetproblems von großem Nutzen sein“, wandte er sich an die englische Delegation.

Das Gerücht über Neuwahlen

London, 15. Sept. (U. P.). Das Organ der Arbeiterpartei, der „Daily Herald“, sagte soeben voraus, daß möglicherweise noch innerhalb vier Wochen eine allgemeine Wahl abgehalten wird, bei welcher die Volkspartei das Hauptwahlproblem bildet. Angeblich bereiten sich die Konservativen schon jetzt auf eine „Vollwahl“ vor.

Murken in der britischen Flotte

Die Matrosen von sämtlichen Schiffen der britischen kaiserlichen Kriegsmarine traten in einen passiven Streik ein, um auf diese Weise gegen die Herabsetzung ihres Soldes zu protestieren. Offiziere und

Seefolken führten die notwendigen Arbeiten für die Flotte aus, die gegenwärtig in Cromart Firth in der Nähe von Invergordon, Schottland, verankert ist.

Die Lage hat in der Geschichte der britischen Flotte keine Parallele. Sämtliche niedrigeren Ränge mit Ausnahme der Köche weigern sich, irgendwelche Arbeiten zu leisten. Jedoch werden von keinem Schiffen Unruhen gemeldet. Während des Wochenendes ereigneten sich jedoch an Land und auf den Schiffen nie vorher dagewesene Demonstrationen.

Sir Aileen Stewart Chamberlain, der erste Admiralsitätslord, hielt in der Admiralsität verschiedene Konferenzen ab, und erklärte nachher im Unterhaus, daß die Regierung die Admiralsitätsbehörde ernannt habe, Vorschläge zur Behebung der Notlage, die vielleicht durch die Goldbescheidung hervorgerufen wurde, zu machen.

Gefahr für die Englische Währung

„Die gegenwärtige ernste Lage in England mag zur Folge haben, daß ein beunruhigendes Sinken des Pfundes Sterling eintreten wird“, war der Inhalt einer Warnung, den die Gouverneursbehörde der Bank von England der Regierung zugehen ließ. Ein entsprechender Bericht erschien in der Zeitung „Daily Mail“.

Für die der Währung drohende Gefahr wird hauptsächlich der „passive Streik“ der Besatzung der Atlantikflotte und die Gerüchte über allgemeine Wahlen verantwortlich gemacht. Wie es in der „Daily Mail“ heißt, erliefen die Bankiers die Regierung, definitiv bekanntzugeben, daß keine baldigen Wahlen beabsichtigt sind.

Die Engländer für eine Silberkonferenz

Nord-Humboldt gab bekannt, daß er am 30. September dem Oberhaus den Antrag vorlegen werde, daß sich die Regierung unverzüglich mit den Regierungen der Dominien und der Ver. Staaten in Verbindung setzen soll, um über das Silberproblem zu beraten. Es soll darauf hingewiesen werden, daß die Rauffkraft eines großen Teils der Erdoberfläche erhöht wird. Nord-Humboldt Ansicht nach sollte der Silberpreis stabilisiert werden, um die wirtschaftliche Erholung der Welt zu fördern.

Brit. Honduras

Zahl der Toten in Belize 1500 bis 2000

Man glaubt, daß dem Hurrikan der letzten Woche, der die Stadt fast gänzlich dem Erdboden gleichgemacht, 1500 bis 2000 Tote zum Opfer fielen. Die genaue Zahl wird sich vielleicht nie feststellen lassen, da die Beisetzungsarbeiten in großer Eile durchgeführt werden müssen, um den Ausbruch einer Epidemie zu verhindern. Mangel an Wasser und Nahrung lassen die Sachlage gegenwärtig gefährlich erscheinen, wozu noch kommt, daß ein neuer Sturm angesetzt ist. Allerdings befinden sich gegenwärtig Hilfsschiffe hierher unterwegs.

In Oslo, Norw., fuhrte ein Flugzeug ab, wobei drei Männer auf der Stelle getötet wurden. Sie waren mit dem Transport von Photographien des hiesigen Unfalls nach den Ver. Staaten beschäftigt, und gerieten unterwegs in einen Gewittersturm.

Frankreich

Frankzösische Staatsvisite in Berlin. Die französische Regierung gab bekannt, es sei jetzt definitiv beschlossen worden, daß Ministerpräsident Daladier und Außenminister Briand am 27. September auf Einladung der deutschen Regierung nach Berlin reisen.

Die Goldanhäufung in Frankreich. Der Goldzufluß während der vergangenen Woche in Frankreichs Schatzkammern war so groß, daß ein neuer Rekord mit 58 578 000 000 Franken (\$2 284 464 000) aufgestellt wurde. Hierdurch ergeben die Goldbestände Amerikas und Frankreichs zusammen 65 Prozent des Weltgoldbestandes. Amerika hält 42 Prozent und Frankreich jetzt 23 Prozent des Weltbestandes. Der wöchentliche Bericht der Bank von Frankreich zeigt eine Zunahme des Goldbestandes um 9 000 000 Franken während der letzten Woche an. Frankreich hat somit seine Papiergeldausgabe mit 55.49 Prozent ge-

deckt. Trotz Pessimismus in Berlin, London und anderen Geldzentralen sehen die Beamten des Völkerbundes, die mit der Nachforschung der Goldlage betraut sind, keine Gefahr für die Weltwirtschaft oder die Lebenshaltungskosten in Frankreich und Amerika, selbst wenn das Anhäufen von Geld noch für ein Jahr oder länger fortgesetzt würde.

Japan

Taifun in der Provinz Takao. Zufolge Nachrichten aus Tokio hat ein Taifun in der Provinz Takao auf Formosa 40 Menschen getötet. Dem Wirbelsturm folgte eine Sturmflut.

Mexiko

Sturmshäden auch in Mexiko. Auch in Mexiko wütete am 12. und 13. September ein Orkan, welcher Menschenleben kostete und großen Sachschaden anrichtete. Der Sturm raste über der südlichen Hälfte der kalifornischen Halbinsel.

Die Opfer des Meeressturmes. Verschiedene kleinere Meeresfahrzeuge, die zwischen Niederkalifornien und Mazatlan verkehrten, sind seit dem letzten schweren Sturm verschwunden. Man befürchtet, daß sie untergingen. Der große Dampfer „Columbia“ der Panama Mail-Linie, der auf eine Sandbank auflief, muß als verloren betrachtet werden. Seine Passagiere wurden von anderen Schiffen gerettet.

Oesterreich

Heimwehrputsch

Nach einer Meldung aus Wien hat die Heimwehr in den südlichen und östlichen Ländern einen Putsch versucht, welcher jedoch durch sofortiges Eingreifen der staatlichen Autorität unterdrückt wurde. Die Führer wurden verhaftet, bevor es noch zu Blutvergießen kam.

Genfer Projekte

Nachrichten zufolge, trägt man sich beim Völkerbund mit dem Gedanken, Oesterreich und Ungarn wieder zu vereinigen, um auf diese Weise die wirtschaftliche Existenzfähigkeit der beiden Länder sicher zu stellen. Eine gewisse Beschleunigung verzögert wohl noch die öffentliche Diskussion der Angelegenheit. Als man nach dem Kriege das Staatsgebilde Oesterreich-Ungarns gerricht, geschah dies zweifellos unbedachamerweise voreilig und unüberlegt, denn die wirtschaftlichen Bindungen hatten das Reich zu einem großen Ganzen verschmolzen, dessen wirtschaftliche Fäden ineinandergriffen. Der frühere Kaiser Oesterreichs, Erzherzog Dr. Seipel, soll die Notwendigkeit einer Wiedervereinigung Oesterreichs mit Ungarn schon vor längerer Zeit im Genf immer wieder betont haben.

Nun scheinen die maßgebenden Faktoren, also wohl auch Frankreich, die Notwendigkeit der Konsolidierung eingesehen zu haben. Es muß wohl noch nach einer Ausrede gesucht werden, um den seinerzeitigen Gegner zu bemänteln.

Ver. Staaten

Verlängerung des Hoover Moratoriums?

Die amerikanischen Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz stützen sich auf die Möglichkeit, daß dieselbe bis Ende 1932 andauern wird und daß deshalb möglicherweise das Hoover'sche Moratorium auf ein weiteres Jahr verlängert werden müßte. In Regierungskreisen hier ist man wohl der Ansicht, daß man alle Verhandlungen über die Kriegsschulden und Reparationszahlungen bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz verschieben sollte. Man wird aber die Frage einer Reduzierung der Reparationszahlungen — oder gar eine völlige Streichung derselben nicht eher erwägen, bis Europa mit vereintem Willen an die Abrüstung heran geht. Mit dem Gedanken einer völligen Streichung ist man hier noch nicht sehr vertraut und es wird erwartet, daß eine plötzliche Streichung aller Reparationsverpflichtungen in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich erhöhen würde, da viele Arbeiter nur durch diese Verpflichtungen der Regierung beschäftigt sind.

Offnungen

an der Abrüstungskonferenz. Die Ausichten auf Erfolg der Abrüstungskonferenz werden auf Grund der Europareise Sekretärs Stimson als wesentlich gesteigert betrachtet. Frankreich ist jedoch im-

mer noch als der Gemischdang angesehen, da Frankreich schwerlich einer rapiden Abrüstung oder Schuldreduzierung zustimmen wird.

„Do-X“ von einem Blitz getroffen

Das deutsche Riesenschiff „Do-X“, das sich gegenwärtig zum Überholen seiner Motoren im Cuxhavener Flughafen bei North Beach auf dem Trodenen befindet, wurde am 14. September abends durch einen Blitzstrahl getroffen, ohne jedoch beschädigt zu werden. Der Strahl schlug in die Radio-Antenne und wurde von dort aus in die Erde geleitet, wobei ein funkendes Feuerwerk entstand. Der Mechaniker Hans Riedel, der gerade auf einer Metallplatte stand, wurde zu Boden geschmettert und in ein Hospital überführt; kam jedoch bald wieder zum Flughafen zurück.

Jubiläum

einer deutschen Stadtgründung

Columbus, Nebr., feierte am 15. September sein diamantenes Gründungsfest, und gratulierte sich dazu, daß seine Bürger miteinander auskommen können, ohne daß sie sich beständig in den Haaren liegen und ohne daß eine Verberberungswelle sich breit macht. Nur einmal in seiner Geschichte ereignete sich ein Meuterei, und zwar schon vor so langer Zeit, daß sich niemand mehr an die Einzelheiten erinnern kann. Obwohl die Bewohner der Stadt verschiedene Nationalitäten und Konfessionen angehören, machten sich hier doch nicht die Streitigkeiten bemerkbar, die sonst so oft unter ähnlichen Verhältnissen eintreten. Der Ort wurde vor 75 Jahren von 12 Deutschen gegründet, die aus Columbus, Ohio, hier anlangten, und die neue Siedlung Columbus nannten.

Heimkehr des Kapitäns von Gronau

Am 15. September verließ von Gronau, der bekannte deutsche Flieger, welcher kürzlich einen nennenswerten Flug über Grönland nach Chicago durchgeführt hat, von dort mit der „Samburg“. Sein Dornier-Flugboot wird mit dem gleichen Dampfer nach Deutschland gebracht.

Kapitän von Gronau äußerte sich nochmals Pressevertretern gegenüber, daß auch dieser Flug bloß ein Experiment gewesen sei. Die Nordroute sei für den Verkehr wohl geeignet, doch müsse sehr viel Geld in die notwendigen Anlagen von Stationen, Werkstätten, Luftkonditionierhäuser, Rundfunkanlagen etc. investiert werden, bevor die Route praktisch verkehrsfähig sei. Von Gronau empfiehlt für diese Strecke nur schwere Flugboote in Verwendung zu nehmen.

Depression und Kriegsschulden

Die andauernde Depression im Außenhandel und die Schwäche des internationalen Geldmarktes rufen in Washington Vermutungen darüber hervor, ob es möglich sei, daß die Regierung weitere Schritte auf dem Gebiete der internationalen Schulden- und Reparationsfragen unternimmt.

In letzter Zeit regten verschiedene bekannte Bankiers eine Revision der Kriegsschulden und der Reparationen an. Die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit wurde besonders durch den Bericht des internationalen Komitees, das von der kürzlich in Londoner Konferenz mit der Prüfung der Finanzlage Deutschlands betraut worden war, geweckt. In dem Bericht hieß es, daß Kriegsschulden und Reparationen reduziert werden müßten. Amerikaner, die aus Europa zurückkehrten, berichteten, daß jener Erdteil es als natürlich ansehe, daß die Ver. Staaten die Führung bei dieser Bewegung übernehmen.

Ein längeres Moratorium?

Gegenwärtig gehen hier Berichte darüber um, daß internationale Bankiers in Präsident Hoover demgegenüber, seinen einjährigen Schulden- und Reparationsfeiertag auf vier oder fünf Jahre zu verlängern.

Die Trans-Pazifik-Flieger wohlhaft. Aus St. Paul Island, Berings See, kommt die Nachricht, daß ein russischer Dampfer Don Mopie und C. A. Allen wohl auf einer Insel angetroffen hätte, wohin sie sich vor einem Sturm geflüchtet hatten. Auch das Flugzeug sei unbeschädigt.

Das Projekt der Silberwährungen

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise der Welt stammt nach Ansicht Walter Rostkows, eines früheren Kongressmannes, welcher einen Auf-

(Fortsetzung auf Seite 8)